

Gewerkschaft der Polizei

top @ ktuell

landesbezirk@gdpbayern.de

eMail-News 38/2004

Beamtenreform - quo vadis DPoIG?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der DBB hat als "kleinen Beißer" den DPoIG-Vorsitzenden Speck an die Medienfront geschickt. Die nachstehende Presseerklärung ist wirklich entlarvend. Damit kein Irrtum entsteht (kann auch nur bei Böswilligen): wir treten vehement für den Verbleib der Bundesbesoldung ein!

Doch der Herr Speck teilt die Reformpläne des DBB und er teilt damit:

- mehr Arbeitsflexibilität (was es auch immer heißen mag)
- den Abbau der Dienstaltersstufen
- die Streichung des Familienzuschlages
- die Verlängerung der Lebensarbeitszeit
- die Möglichkeit der Absenkung der Bezahlung bis auf 90%

Mit freundlichen Grüßen Konrad Freiberg

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT UNTERSTÜTZT PLÄNE ZUR BEAMTENREFORM - GDP-KRITIK ALS POLEMISCH UND UNVERANTWORTLICH ZURÜCKGEWIESEN

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) unterstützt uneingeschränkt die Reformpläne zum Beamtenrecht. 'Ohne eine bundeseinheitliche Besoldung werden sich die Länder in Lohndumping auch bei der Polizei überbieten, das ist unsere Erfahrung aus den vergangenen Monaten', sagte DPoIG-Bundesvorsitzender Wolfgang Speck am 7. Oktober 2004 in Berlin. 'Etliche Ministerpräsidenten wollen die Gehälter der Polizeibeamtinnen und -beamten rücksichtslos kürzen und unsere Rechte beschneiden. Genau dies wird durch die Beamtenreform verhindert. Deshalb werden wir uns in die Umsetzung dieser Pläne einbringen und dafür sorgen, dass die Gehälter unserer Kolleginnen und Kollegen gesichert bleiben, das gilt ausdrücklich auch für die Polizeizulage.'

Mit scharfer Kritik reagierte Wolfgang Speck auf die ablehnende Haltung des Vorsitzenden der zum DGB gehörenden Gewerkschaft der Polizei (GdP):

'Aus purer Eitelkeit, an den internen Gesprächen nicht beteiligt gewesen zu sein, verrät Konrad Freiberg die Interessen der Polizei und verunsichert die Belegschaft. Tatsache ist: Entweder wird das Beamtentum abgeschafft und unsere Gehälter werden den Ländern zur willkürlichen Beschneidung überlassen oder wir gehen den innovativen Weg, der jetzt aufgezeigt wurde.'

Die Kritik des GdP-Vorsitzenden sei 'unsachlich, polemisch und unverantwortlich', betonte Speck: 'Die Polizei braucht bundesweit stabile Perspektiven und verlässliche soziale Sicherungssysteme. Wer jetzt blockiert und dumm herumnörgelt, bloß weil er im DGB nicht gefragt wurde, hat den Ernst der Lage überhaupt nicht erkannt!'

07.10.2004
BGV/DGV/KGV